

Gewalt durch Zustimmung: Wenn das regionale Meinungsklima vorurteilsmotivierte Gewalt billigt

Rowenia Bender und Oliver Christ

Abstract:

Vorurteilskriminalität ist durch eine kriminelle Handlung mit vorurteilsgeleiteter Motivation gekennzeichnet und richtet sich gegen Personen, die aufgrund bestimmter Merkmale wie Nationalität, Religion, sexuelle Identität oder sozialer Status zu einer marginalisierten Gruppe gehören. Das Besondere an Vorurteilskriminalität sind ihre weitreichenden Auswirkungen für die betroffene marginalisierte Gruppe und die Gesellschaft als Ganzes. So beinhaltet Vorurteilskriminalität oft eine Aufforderung oder zumindest Zustimmung von Gleichgesinnten. Darüber hinaus wirkt sie einschüchternd auf alle Mitglieder der jeweiligen Gruppe. Somit handelt es sich nicht um eine Tat gegen ein Individuum, sondern richtet sich gegen ganze Gruppen und hat so letztlich Auswirkungen auf das soziale Gefüge demokratischer Staaten. Dies unterstreicht den politischen und gesamtgesellschaftlichen Bezug solcher vorurteilsmotivierten Taten (u. a. Coester, 2017; Perry, 2014).

Gleichzeitig kann aufgrund bisheriger Forschung zu normativen Kontexteinflüssen davon ausgegangen werden, dass ein spezifisches Meinungsklima einer Region individuelle Einstellungen und das individuelle Verhalten beeinflusst und so Vorurteilskriminalität begünstigt (u. a. Rees et al., 2021; Wolf et al. 2003). Das Ziel dieser Studie ist es daher zu untersuchen, ob es in Deutschland regionale Unterschiede in der Bewertung von Vorurteilskriminalität gibt und welche Ursachen solche potenziellen Unterschiede haben können.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine Mehrheit (ca. 70%) vorurteilsmotivierte Gewalttaten als sehr verwerflich bewertete, wobei sich diese Einschätzung auf regionaler Ebene unterschied. Befragte Personen aus den alten Bundesländern tendierten dazu, diese Formen der Gewalt stärker zu verurteilen als jene aus den neuen Bundesländern. Sowohl in einer multiplen Regressionsanalyse als auch in einer Mediationsanalyse wurden verschiedene Ursachen hierfür untersucht. Trotz Kontrolle diverser soziostruktureller und ideologischer Variablen blieb die Vorhersagekraft der geografischen Va-

riable (Ost vs. West) für die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt signifikant. Die Ergebnisse werden vor dem Hintergrund bisheriger Forschung diskutiert.

1. Einleitung

Im Zentrum interdisziplinärer Forschung zum Thema Vorurteilskriminalität steht die Erkenntnis, dass Personen, die bereits Ziel solcher Straftaten geworden sind, signifikant stärker unter den psychosozialen Nachwirkungen leiden als jene, die Ziel nicht-vorurteilsmotivierter Straftaten wurden. Zahlreiche Studien (u. a. Bender & Weber, 2023; Boll et al., 2024; Church & Coester, 2021; Dreißigacker, 2018; Groß et al., 2018; Groß et al., 2024; Landeskriminalamt Niedersachsen, 2018) zeigen, dass Betroffene von Vorurteilskriminalität ein höheres Unsicherheitsempfinden, eine erhöhte Kriminalitätsfurcht, eine geringere Anzeigebereitschaft, ein verringertes zwischenmenschliches Vertrauen sowie ein geringeres Vertrauen in politische und staatliche Institutionen aufweisen als Betroffene vergleichbarer Straftaten ohne Vorurteilmotiv beziehungsweise als Personen ohne Victimisierungserfahrung. Betroffene mit Migrationshintergrund leiden dabei unter schwereren Folgebelastungen, z. B. in Form von erhöhter Kriminalitätsfurcht und stärkerem Vermeidungsverhalten (Bender & Weber, 2023; Dreißigacker, 2018; Groß et al., 2018; Landeskriminalamt Niedersachsen, 2018). Diese Erkenntnisse unterstreichen die Dringlichkeit, die Ursachen und Mechanismen hinter solchen vorurteilsmotivierten Straftaten zu verstehen.

In der Forschung gibt es zahlreiche Ansätze, um (vorurteilsmotiviertes) Gewaltverhalten zu erklären. Dabei lassen sich drei zentrale Erklärungsbereiche identifizieren (Heitmeyer, 2002; Wolf et al., 2003): (1) Ansätze, die *individuelle Täter:innenmerkmale* wie Gewalt- und Vorurteilsneigung in den Blick nehmen, (2) Ansätze, die sich auf *situative Faktoren* in Form von Tatgelegenheiten, beispielsweise durch die Anwesenheit potenzieller Opfer, und begünstigenden Umständen wie Alkohol konzentrieren, und (3) Ansätze, die den *Einfluss von Gruppendynamiken, öffentlichen Diskursen und Haltungen* hervorheben. Solche zuletzt genannten Dynamiken und Diskurse umfassen die Verbreitung gewaltfördernder Ideologien, Medienberichte über Gewaltakte sowie die Haltung von Kontrollorganen und der Gesellschaft, die die Gewalt verstärken oder abschwächen können.

In unserer Untersuchung werden wir insbesondere die Haltung der Gesellschaft in den Fokus nehmen. Aktuelle Befragungen von Betroffenen von Vorurteilskriminalität offenbaren hierzu alarmierende Erkenntnisse. So

wurden in Fällen mit anwesenden Dritten als häufigste Verhaltensweisen dieser Personen das Wegsehen (58,4%) und das Weggehen (47%) genannt (Groß et al., 2024). In einer weiteren Studie wurde in etwa einem Drittel der Fälle mit anwesenden Dritten berichtet, dass sich diese Personen sogar aktiv negativ verhielten, indem sie abfällige Bemerkungen machten oder sich spontan an der Tat beteiligten (Boll et al., 2024). Weiterhin zeigt eine kürzlich in Deutschland durchgeführte Studie, dass ein beträchtlicher Anteil der Befragten (zwischen 14 % und 19 %) über alle Geschlechts-, Alters- und Einkommensgruppen hinweg Vorurteilskriminalität befürwortet (Dancygier, 2023).

Eine solche passive oder gar unterstützende Haltung gegenüber Vorurteilskriminalität seitens der Gesellschaft kann potenziellen Täter:innen den Eindruck vermitteln, dass sie keine negativen sozialen Folgen für ihre Handlungen befürchten müssen. Es besteht die Gefahr, dass vor dem Hintergrund einer solchen Haltung die individuelle Bereitschaft zu vorurteils-motivierter Gewalt mit höherer Wahrscheinlichkeit auch zu entsprechenden Gewalttaten führt (Wolf et al., 2003). Vor diesem Hintergrund möchten wir die Haltung der deutschen Bevölkerung in Bezug auf vorurteilsmotivierte Gewalt analysieren und dabei mithilfe bisheriger Forschung beleuchten, welche Folgen eine solche Akzeptanz bzw. Nicht-Akzeptanz von vorurteilsmotivierter Gewalt seitens der Bevölkerung für das individuelle Handeln haben kann.

Im *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen* (Pa-WaKS; Boleska et al., 2022) wurden die Befragten gebeten, den Grad ihrer Missbilligung von vorurteilsmotivierten Gewalttaten anzugeben. Werden die Antworten zu dieser Frage über die Befragten hinweg zusammengefasst auf Landes- oder gar Kreisebene betrachtet, kann dies als unmittelbarer Indikator für ein Meinungsklima dienen, das vorurteilsmotivierte Gewalt entweder legitimiert oder verurteilt. Die zentrale Forschungsfrage des vorliegenden Artikels ist, ob regionale Unterschiede in einem solchen Meinungsklima bestehen und wie diese erklärt werden können.

2. Das Phänomen Vorurteilskriminalität

Vorurteilskriminalität, gemeinhin auch als *Hasskriminalität* (engl. *hate crime*) bezeichnet, richtet sich gegen Personen aufgrund eines bestimmten Merkmals. Diese Merkmale deuten entweder auf eine tatsächliche oder durch den/die Täter:in angenommene Zugehörigkeit der betroffenen Personen zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe hin. Zu diesen Merkmalen gehören z. B. Herkunft, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Religion,

Geschlecht oder geschlechtliche Identität, eventuelle Behinderungen, Alter, politische Weltanschauung oder sozialer Status. Es sind auch weitere Merkmale denkbar, anhand derer Menschen in Gruppen eingeteilt werden können.

Im Hellfeld wird Vorurteilskriminalität im *Kriminalpolizeilichen Melddienst* in der Kategorie *Politisch motivierte Kriminalität* (PMK) erfasst (hier als »Hasskriminalität« bezeichnet). Bundesweit zeigt die Statistik, dass die registrierte Hasskriminalität im Jahr 2023 mit 17.007 Fällen um 47.63 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (11.520 Fälle) zugenommen hat und damit einen neuen Höchststand erreichte (Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt, 2024). Polizeilich erfasste Statistiken bilden jedoch nicht die reale Kriminalitätsrate ab, unter anderem weil sie nur die der Polizei gemeldeten Fälle erfassen und daher von Anzeigebereitschaft und Gesetzesänderungen beeinflusst werden und weil die Erfassungspraxis variieren kann (für einen Überblick siehe: Weber & Asbrock, 2024).

Auch wenn Dunkelfeldforschung ebenfalls nicht die Realität abbildet, nähert sie sich dieser zumindest an, indem sie auch der Polizei nicht gemeldete Straftaten erfasst. Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017, durchgeführt vom Bundeskriminalamt, erfasste die 12-Monats-Prävalenz von vorurteilsgeleiteter Gewalt und zeigt, dass 1.5 Prozent der über 16-Jährigen von Körperverletzung und 0.6 Prozent von Raub betroffen waren, meist aus Gründen des sozialen Status, der Herkunft und der Geschlechtsidentität. Ältere Menschen und Personen ohne Migrationshintergrund waren weniger gefährdet (Church & Coester, 2021). Studien in Schleswig-Holstein und Niedersachsen kommen zu einer Schätzung der 12-Monats-Prävalenz für Vorurteilskriminalität von 5 Prozent. Die Mehrheit der Befragten berichtete, dass sie wegen ihres sozialen Status, ihres Äußeren oder ihrer geschlechtlichen Identität Ziel von Angriffen waren. Bei Personen mit Migrationshintergrund wurden die Herkunft, die Religion und die Hautfarbe deutlich öfter als Beweggründe für solche Taten angeführt als bei Personen ohne Migrationshintergrund (Dreißigacker, 2018; Groß et al., 2018; Landeskriminalamt Niedersachsen, 2018).

Laut einer Analyse der PaWaKS-Daten durch Bender und Weber (2023) haben 17.25 Prozent der Befragten aufgrund ihrer Ethnie oder Religion in ihrem Leben schon einmal direkte oder indirekte¹ Gewalt erfahren, fast 16 Prozent wegen ihrer sexuellen Orientierung und nahezu 20 Pro-

1 Den Teilnehmer:innen wurden Straftaten genannt, zu denen sie jeweils angeben konnten, ob sie ihnen selbst (direkte Viktimisierung) und/oder Leuten passiert waren, die sie persönlich gut kennen (indirekte Viktimisierung).

zent aufgrund ihres Migrationshintergrundes. Personen mit Migrationshintergrund waren bis zu 2.5-mal häufiger von vorurteilsmotivierter Gewalt betroffen als die Gesamtstichprobe.

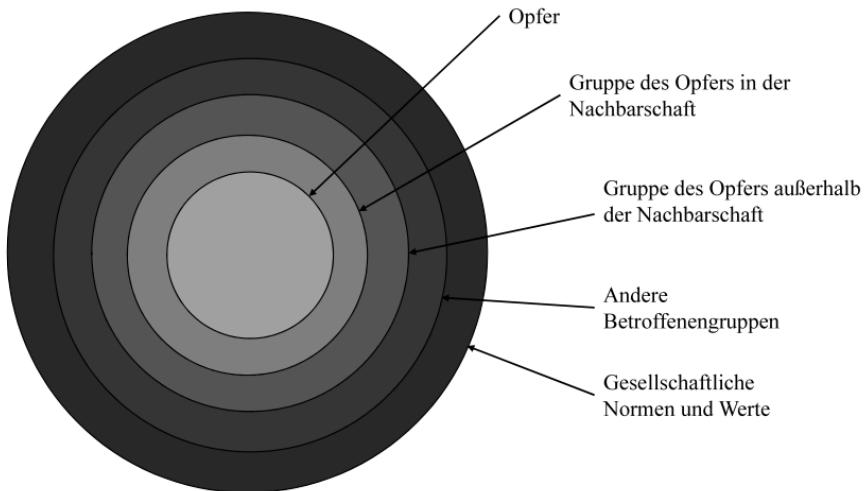
Die offiziellen Zahlen und die Schätzungen im Rahmen von Dunkelfeldstudien und Befragungen zeigen, dass Vorurteilskriminalität ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem darstellt.

Vorurteilsmotivierte Straftaten als Botschaftstaten

Vorurteilsmotivierte Straftaten sind Botschaftstaten. Sie schädigen nicht nur die direkt betroffene Person selbst, sondern auch dessen soziales Umfeld, einschließlich Familie, Freund:innen und Bekannte. Zusätzlich senden sie Signale an Gleichgesinnte, die diese Taten als Aufforderung oder Bestätigung ihrer Überzeugungen auffassen und dadurch zu ähnlichen Handlungen ermutigt werden können (Coester, 2017). Darüber hinaus wirkt diese Form der Kriminalität einschüchternd auf alle Angehörigen der Betroffenengruppe. Das bedeutet, dass Vorurteilskriminalität sich nicht nur gegen die direkt Betroffenen selbst, sondern gegen ganze gesellschaftliche Gruppen richtet und so letztlich Auswirkungen auf das soziale Gefüge demokratischer Staaten hat (Coester, 2008), was auch durch die sogenannten *Schadenswellen* von Vorurteilskriminalität (*waves of harm*; Iganski, 2001; siehe Abbildung 1) beschrieben wird. Dies unterstreicht den politischen und gesamtgesellschaftlichen Bezug solcher vorurteilsmotivierten Taten (u. a. Coester, 2017; Perry, 2014).

Letzteres, also gesellschaftliche Normen und Werte, steht im vorliegenden Beitrag in Form eines Meinungsklimas, das vorurteilsmotivierte Gewalt entweder billigt oder verurteilt, im Fokus. Soziale Normen sind Systeme von Überzeugungen innerhalb einer Gruppe, die festlegen, welches Verhalten in einem bestimmten Kontext gesellschaftlich akzeptiert und erwartet wird. In Form eines gewaltbilligenden Meinungsklimas können solche Normen damit als positiver Anreiz wirken und die Hemmschwelle für Gewalttaten senken. Dies geschieht, indem Täter:innen davon ausgehen, dass sie für gewalttätige Handlungen keine negativen Folgen zu befürchten haben. Für potenzielle Täter:innen dient dieses unterstützende Meinungsumfeld somit als Rechtfertigung für ihre Taten oder geplanten Handlungen (Wolf et al., 2003). Um die zentrale Frage dieses Artikels zu beantworten, ob regionale Unterschiede in der Haltung zu vorurteilsmotivierter Gewalt bestehen, werden zunächst frühere Forschungsergebnisse und relevante Studien vorgestellt, die sich mit ähnlichen Fragestellungen befasst haben.

Abbildung 1: Schadenswellen von vorurteilsmotivierten Straftaten (Quelle: Iganski, 2001, S. 629, nach Fuchs, 2021, S. 42)



3. Die Verteilung von Vorurteilen und Vorurteilskriminalität in Deutschland

Die aktuelle Mitte-Studie (Zick et al., 2023), bei der es sich um eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführte repräsentative Bevölkerungs-Umfrage handelt, die alle zwei Jahre wiederholt wird, zeigt ebenso wie die vorherigen Befragungen, dass befragte Personen, die überwiegend im Osten Deutschlands aufgewachsen sind, eher dazu tendierten, verschiedene Formen von Diskriminierung zu befürworten. So stimmten sie im Vergleich zu Befragten, die überwiegend im Westen aufgewachsen sind, häufiger kulturellem und traditionellem Rassismus (41% im Vergleich zu 28% und 19% im Vergleich zu 7%), Antisemitismus (15% im Vergleich zu 8%), Hetero-/Sexismus (15% zu 11%) und Klassismus (23% zu 16%) zu. Weitere Studien zeigen, dass die Vorurteile gegenüber Zugewanderten in Ostdeutschland höher waren als in Westdeutschland und dass dieser regionale Unterschied mit dem geringeren Anteil von Zugewanderten in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland zusammenhangt (Wagner et al., 2003; Weins, 2011). Diese Befunde lassen sich mit der Kontakthypothese von Allport (1954) erklären. Diese nimmt an, dass positiver Kontakt zwischen Angehörigen unterschiedlicher Gruppen positive Auswirkungen auf die Einstellungen zur jeweils anderen Gruppe haben kann. Aufgrund

der ungleichen Verteilung von Zugewanderten in Deutschland haben Personen in westdeutschen Regionen schlichtweg mehr Kontaktmöglichkeiten zu Personen mit Migrationshintergrund, wodurch sich Vorurteile reduzieren können.

Doch nicht nur das Ausmaß an Vorurteilen unterscheidet sich zwischen den Regionen. Auch für den Anteil an vorurteilsmotivierten Gewalttaten findet sich ein Ost-West-Gefälle. Der *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (VBRG) veröffentlicht jährlich Bilanzen zum Ausmaß von rechten, rassistischen und antisematisch motivierten Angriffen, die durch Beratungsstellen registriert wurden. Mit Blick auf die Bundesländer zeigen sich hier deutliche Unterschiede. So wurden zum Beispiel für das Jahr 2023 in Mecklenburg-Vorpommern 5.04 oder in Sachsen-Anhalt 6.69 Gewalttaten pro 100.000 Einwohner:innen registriert, in Baden-Württemberg hingegen 0.51 oder in Bayern 0.78 (VBRG, 2024). Eine Studie von Wagner et al. (2020) kombinierte strukturelle Daten deutscher Landkreise mit der Polizeilichen Kriminalstatistik von 2015 und fand Belege für die Theorie des Intergruppenkontakts: Je höher der Anteil der Ausländer:innen in einem Landkreis war, desto geringer war die Prävalenz xenophobe Hassverbrechen. Die Autor:innen testeten eine Reihe von Alternativerklärungen für diesen Befund, unter anderem höhere Arbeitslosigkeit, höhere Kriminalität oder höheres Durchschnittsalter. Die Ergebnisse zeigten, dass von den genannten Kontrollvariablen lediglich die Lage eines Bezirks in Ost- bzw. Westdeutschland sowie die allgemeine Bezirkskriminalitätsrate signifikante Auswirkungen aufwiesen. Dabei war der Vergleich zwischen West und Ost der stärkste Prädiktor für die Anzahl an Hasskriminalität eines Kreises und blieb auch nach Kontrolle der anderen Variablen signifikant. Wagner et al. vermuteten, dass dies an einem regional spezifischen Ablehnungsklima gegenüber Migrant:innen liegen könnte, ein möglicher, erklärender Faktor, den die Autor:innen nicht kontrolliert hatten.

4. Regionales Ablehnungsklima: Direkte und indirekte Maße

AfD-Erfolg als indirektes Maß

Mit der Frage nach einem spezifischen regionalen Ablehnungsklima in Deutschland beschäftigten sich Rees et al. (2021). Ihre Analysen zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen insbesondere in Regionen verbreitet sind, in denen die rechte Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) bei der Bundestagswahl 2017 erfolgreich war, sowie in Regionen mit einem geringeren

Ausländer:innenanteil. Die Untersuchungen ergaben auch, dass der Wahlerfolg der AfD ein stärkerer Indikator für rechtsextreme Haltungen in der Bevölkerung ist als der Anteil der ausländischen Bevölkerung. Die Autoren schlussfolgerten daraus, dass die AfD oder ihre Anhänger:innen möglicherweise zu einer feindseligeren Stimmung gegenüber Minderheiten beitragen.

Doch es bleibt nicht nur bei rechtsextremen Einstellungen. Auch rechtsextreme Gewalttaten scheinen in AfD-starken Regionen verbreiteter zu sein, worauf Analysen von Rees et al. (2019) hindeuten. Die Autoren kombinierten offizielle Statistiken zu politisch motivierter Vorurteilskriminalität gegen Geflüchtete in Deutschland und die Wahlunterstützung für die AfD bei den deutschen Bundestagswahlen 2017 mit soziostrukturrellen Variablen (Ausländer:innenanteil und Arbeitslosenquote). Zusätzlich verwendeten sie Umfragedaten, die in einer für die deutsche Bevölkerung repräsentativen Umfrage ($N=1506$) im Jahr 2016 gesammelt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass die AfD-Unterstützung positiv mit der Arbeitslosenquote und negativ mit dem Ausländer:innenanteil zusammenhang. Zudem war die rechtsextreme Gewaltkriminalität deutschlandweit positiv mit der Arbeitslosenquote korreliert. In Ostdeutschland zeigte sich zusätzlich eine positive Korrelation zwischen dem Ausländer:innenanteil und rechtsextremer Gewaltkriminalität, während in Westdeutschland ein solcher Zusammenhang nicht bestand. Unter Einbezug der Umfragedaten deuteten die Ergebnisse daraufhin, dass Intergruppenkontakt und kollektive Deprivation mit den soziostrukturrellen Variablen assoziiert waren, aber einen vernachlässigbaren zusätzlichen Erklärungsbeitrag zur Varianz in den untersuchten abhängigen Variablen leisteten. Die Autoren schlussfolgerten, dass rechtsextremer Wahlerfolg und kriminelles Verhalten Ausdruck eines politischen Extremismus sind, der von sozialen und kontextuellen Faktoren geprägt ist.

Regionales Ablehnungsklima: Gewaltbilligung als direktes Maß

Rees et al. (2019) nutzten in ihrer Studie den AfD-Wahlerfolg als indirektes Maß für ein Ablehnungsklima, um Zusammenhänge mit der Prävalenz von rechtsextremer Gewalt zu untersuchen. Eine ähnliche Forschungsfrage untersuchten auch Wolf et al. (2003), nutzten hierfür jedoch ein direktes Maß für das Ablehnungsklima: die Gewaltbilligung auf der Ebene von Kreisen als Regionaleinheit.

In ihrer Studie untersuchten die Autor:innen den Einfluss des sozialen Klimas auf der Kreisebene auf den Zusammenhang von xenophoben Einstellungen und Gewaltbereitschaft auf der individuellen Ebene. Die Ergebnisse einer sogenannten Mehrebenenanalyse zeigten auf Individualebene

einen positiven Zusammenhang zwischen Xenophobie und Gewaltbereitschaft, der durch eine höhere Gewaltbilligung auf Kreisebene verstärkt wurde. Im Einklang mit der zuvor beschriebenen Forschung lässt sich daraus schließen, dass die individuelle Gewaltbereitschaft steigt, wenn sich potenzielle xenophobe Täter:innen durch ihr Umfeld bekräftigt fühlen.

Ab der dritten Erhebungswelle des PaWaKS wurde, wie bereits weiter oben beschrieben, die Missbilligung von vorurteilsmotivierten Gewalttaten erfragt. Dem Ansatz von Wolf et al. (2003) folgend, können die über Regionaleinheiten (Land- und/oder Kreisebene) zusammengefassten Antworten auf diese Frage als Indikator für ein Meinungsklima dienen, das vorurteils-motivierte Gewalt entweder legitimiert oder verurteilt. Die folgenden Analysen werden untersuchen, ob in den vorliegenden PaWaKS-Daten ähnliche regionale Unterschiede wie in früheren Studien feststellbar sind.

5. Ergebnisse aus dem PaWaKS: Regionale Verteilung der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt

An der dritten Welle der PaWaKS-Studie nahmen insgesamt 1925 Personen teil.² Die Stichprobe wurde im Frühjahr 2023 durch das Umfrageinstitut *Ipsos* erhoben und bestand aus 1021 Frauen (53.04 %), 899 Männern (46.70 %) und 5 nicht-binären Personen (0.26 %). Das durchschnittliche Alter betrug 55.17 Jahre mit einer Standardabweichung von 12.51 Jahren. Von den Befragten hatten 1885 Personen (97.92 %) die deutsche Staatsbürgerschaft, während 221 Personen (11.48 %) einen Migrationshintergrund aufwiesen. Insgesamt lebten 1409 Personen (76.99 %) in einer westdeutschen Stadt oder einem westdeutschen Kreis, während 421 Personen (23.01 %) in Städten oder Kreisen in Ostdeutschland wohnten.

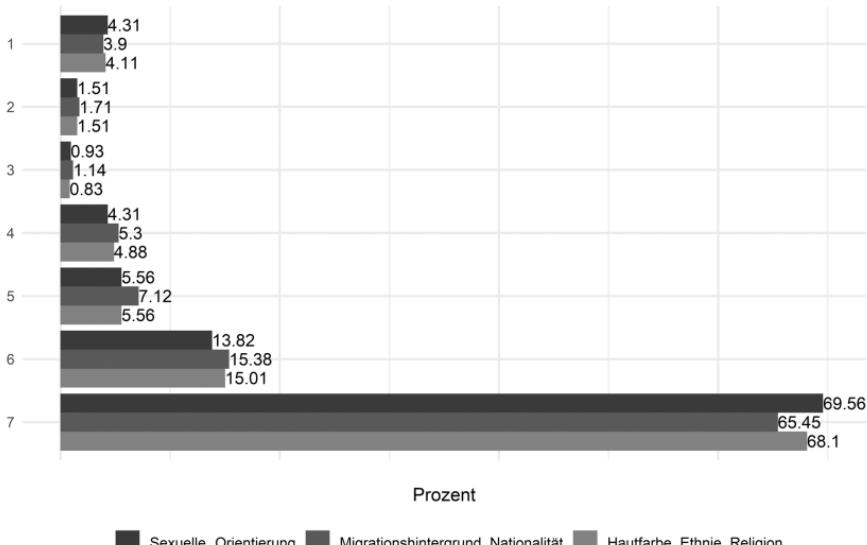
Die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt wurde mit folgender Frage gemessen: »Bitte geben Sie an, wie verwerflich Sie es fänden, wenn sich jemand wie folgt verhält«. In randomisierter Reihenfolge wurden den Teilnehmenden die Items »Wenn jemand eine Person aufgrund ihrer Hautfarbe, Ethnie oder Religion körperlich oder verbal angreift«, »Wenn jemand eine Person aufgrund ihrer sexuellen Orientierung körperlich oder verbal angreift« und »Wenn jemand eine Person aufgrund ihres Migrationshintergrunds oder ihrer Nationalität körperlich oder verbal angreift« präsentiert. Die Teilnehmenden wurden dann gebeten auf einer Skala von 1 (überhaupt

2 Für eine detaillierte Beschreibung der Stichprobe siehe das PaWaKS-Datenhandbuch unter www.zkfs.de/pawaks.

nicht verwerflich) bis 7 (sehr verwerflich) anzugeben, wie sie die jeweilige vorurteilsmotivierte Gewalt bewerten.

Abbildung 2 zeigt zunächst, wie in der Gesamtstichprobe die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt verteilt ist. Erkennbar ist, dass die Mehrheit (fast 70 %) solche Formen von Gewalt als sehr verwerflich erachtet.

Abbildung 2: Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt in der Stichprobe

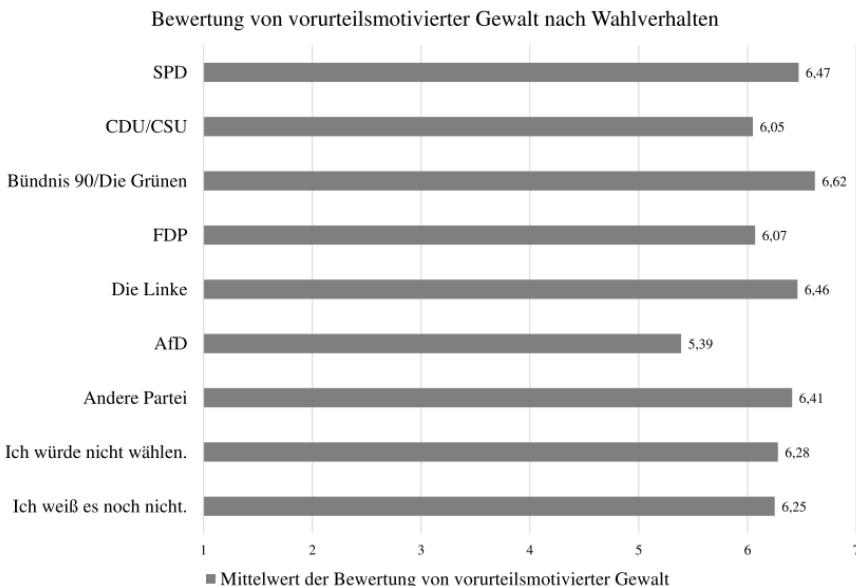


Anmerkung: Die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt ist wie folgt kodiert: 1 = gar nicht verwerflich, 4 = weder noch, 7 = sehr verwerflich.

Wie zuvor beschrieben, zeigten vergangene Studien (u. a. Rees et al., 2019; Rees et al., 2021), dass rechtsextreme Einstellungen sowie Vorurteilskriminalität gegen Geflüchtete mit dem AfD-Wahlerfolg zusammenhängen. Vor diesem Hintergrund wurde die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt innerhalb der PaWaKS-Daten getrennt nach der Partei-Präferenz untersucht (siehe Abbildung 3). Hierfür und für alle folgenden Analysen wurden die Antworten zu den verschiedenen Merkmalen (Migrationshintergrund, sexuelle Orientierung etc.) gemittelt.

Die Ergebnisse in Abbildung 3 sind konsistent mit zuvor beschriebenen Untersuchungen. Eine Kontrastanalyse zeigte, dass Personen, die bei der Sonntagsfrage angaben, die AfD zu bevorzugen, im Vergleich zu Anhänger:innen anderer Parteien (bzw. im Vergleich zu Nichtwähler:innen und

Abbildung 3: Mittelwerte Bewertung von Vorurteilskriminalität nach Parteipräferenz



Anmerkung: Die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt ist wie folgt kodiert: 1 = gar nicht verwerflich, 4 = weder noch, 7 = sehr verwerflich.

Unentschlossenen) signifikant weniger dazu neigten, Vorurteilskriminalität abzulehnen ($F[1, 8] = 11.93, p < .001$).

Wie eingangs beschrieben, ist das Ziel des vorliegenden Artikels zu untersuchen, ob in Deutschland bestimmte Regionen mit einem unterschiedlichen Meinungsklima bezüglich der Befürwortung oder Ablehnung von vorurteilsmotivierter Gewalt vorliegen. Hierfür ist in Abbildung 4 zunächst die regionale Verteilung der Variable zur Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt auf Länderebene dargestellt. Je dunkler ein Bundesland, desto stärker wurde Vorurteilskriminalität durch die Bevölkerung verurteilt.

Diese Ergebnisse sind ebenfalls konsistent mit den zuvor beschriebenen Studien. Befragte aus den neuen Bundesländern bewerteten vorurteilsmotivierte Gewalt als weniger verwerflich als Befragte aus den alten Bundesländern (mit Ausnahme des Saarlands). Ein Welch's- t -test zeigte, dass der Unterschied zwischen Ost und West signifikant war (Ost ohne Berlin: $M = 5.93, SD = 1.57$; West: $M = 6.32, SD = 1.3, t[600.61] = -4.61, p < .001$).

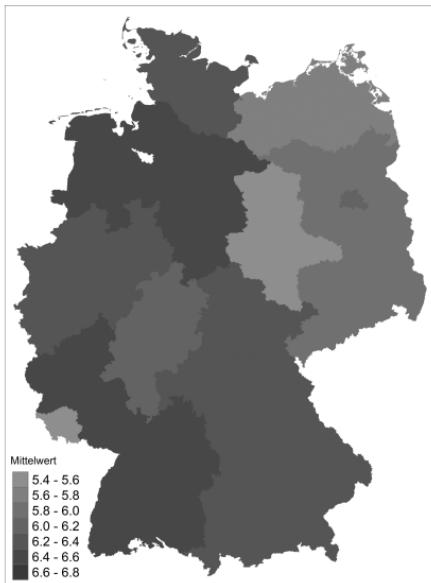


Abbildung 4: Regionale Verteilung der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt

Anmerkung: Die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt ist wie folgt kodiert: 1 = gar nicht verwerflich, 4 = weder noch, 7 = sehr verwerflich.

Ergebnisse aus dem PaWaKS: Erklärende Faktoren für regionale Unterschiede

Angelehnt an die Vorgehensweise der vorherigen Studien und um mögliche erklärende Faktoren für diese regionalen Unterschiede zu untersuchen, wurden im weiteren Vorgehen verschiedene soziostrukturale Variablen mit in die Analysen einbezogen. Der PaWaKS-Datensatz wurde mit folgenden externen Daten verknüpft: Migrationsanteil, Arbeitslosenquote, Mindestsicherungsquote³, registrierte Gesamtkriminalität im Jahr 2022 (Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS).

Bei all diesen Variablen handelt es sich um Indikatoren auf Kreisebene. Um Zusammenhänge dieser Variablen mit der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt zu untersuchen, wurden die Daten auch für diese Variable für die einzelnen Kreise aggregiert. Die Variable West/Ost gab dabei an, ob sich ein Kreis in den neuen oder alten Bundesländern befindet, ko-

3 Hierbei handelt es sich um den Anteil an Personen, die Leistungen der sozialen Mindestsicherung erhalten. Dazu zählt Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Bürgergeld), Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Destatis, o. D.)

Tabelle 1: Korrelationen auf Kreisebene zwischen sozistrukturellen Variablen und der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt

Variable	M	SD	1	2	3	4	5
1. West/Ost	0.23	0.42					
2. Migrationsanteil	12.56	6.41	-.57**				
3. Arbeitslosenquote	5.58	2.19	.19**				
4. Mindestsicherungsquote	8.57	3.94	.00	.42**			
			[-.05,.05]	[.38,.46]			
					[.91,.93]		
5. Registrierte Straftaten (PKS 2022)	50319.99	114131.06	-.13**	.36**	.44**	.54**	
			[-.17,-.08]	[.32,.40]	[.40,.48]	[.50,.57]	
6. Bewertung Vorurteilskriminalität	6.22	0.58	-.28**	.16**	-.09**	-.04	-.03
			[-.32,-.23]	[.12,.20]	[-.13,-.04]	[-.08,.01]	[-.07,.02]

Anmerkung: M und SD stehen jeweils für Mittelwert und Standardabweichung. Werte in eckigen Klammern geben das 92 %-Konfidenzintervall für jede Korrelation an. * p < .05; ** p < .01 ; West=0, Ost = 1. Die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt ist wie folgt kodiert: 1 = gar nicht verwirlich, 4 = weder noch, 7 = sehr verwirlich.

dert mit 0 (West) und 1 (Ost). Tabelle 1 stellt die Korrelationen zwischen allen genannten Variablen dar.

Im nächsten Schritt wurden nun diese Variablen in ein multiples Regressionsmodell mit der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt als abhängiger Variable integriert (Tabelle 2). Dabei wurden alle Prädiktoren gleichzeitig in das Modell eingefügt. Für die Schätzung der Konfidenzintervalle wurde ein Bootstrapping-Verfahren mit 1.000 Stichproben verwendet.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse zeigten, dass das Modell lediglich 8.25 Prozent der Varianz in der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt erklärte ($R^2 = 0.083$). Das Gesamtmodell war statistisch signifikant ($F[5, 1788] = 32.16, p < .001$), was darauf hinweist, dass es dennoch eine signifikante Vorhersagekraft besitzt.

Weiterhin zeigten die Ergebnisse, dass von allen Prädiktoren lediglich die Region des Kreises (West/Ost) einen signifikanten Effekt hatte. So zeigte sich auch hier, dass vorurteilsmotivierte Gewalt in Kreisen in den neuen Bundesländern als weniger verwerflich bewertet wurde als in Kreisen in den alten Bundesländern ($SE = .043, t = -8.49, p < .001$).

Tabelle 2: Ergebnisse der Regressionsanalyse mit Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt als abhängige Variable

Effekt	Regressionsgewicht	SE	95 %-Bootstrap-Konfidenzintervall		<i>p</i>
			LL	UL	
West/Ost	-.366	.043	-.448	-.280	< .001
Migrationsanteil	.004	.003	-.001	.009	.190
Arbeitslosenquote	.003	.017	-.025	.033	.868
Mindestsicherungsquote	-.009	.010	-.028	.010	.406
Registrierte Straftaten (PKS 2022)	.000	.000	-.000	.000	.514

Anmerkung: West = 0, Ost = 1. Die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt ist wie folgt kodiert: 1 = gar nicht verwerflich, 4 = weder noch, 7 = sehr verwerflich.

Die Tatsache, dass lediglich die Variable West/Ost eine signifikante Vorhersagekraft hatte, auch unter Kontrolle aller anderen Variablen, deutet daraufhin, dass es weitere hier nicht kontrollierte Faktoren geben muss, die für die regionalen Unterschiede im Meinungsklima verantwortlich sind.

Neben den zuvor erwähnten soziostruktturellen Variablen lohnt sich daher auch ein Blick auf individuelle Merkmale, die über Kontexte hinweg variieren und durch Kontextfaktoren geprägt sein können und so möglicherweise zur Erklärung der West/Ost-Unterschiede in Bezug auf die Be-

wertung von vorurteilsmotivierter Gewalt beitragen können. Zentrale individuelle Merkmale, die negative Einstellungen zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beeinflussen können sowie für die Entstehung von Vorurteilen eine Rolle spielen, werden im Folgenden vorgestellt.

6. Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung

Sowohl rechtsgerichteter Autoritarismus (*right-wing authoritarianism*, RWA; Altemeyer, 1981) als auch soziale Dominanzorientierung (*social dominance orientation*, SDO; Pratto et al., 1994) wurden als bedeutsame Prädiktoren für Vorurteile gegenüber Fremdgruppen, Minderheiten und anderen stigmatisierten sozialen Gruppen identifiziert (u.a. Duckitt, 2001). Nach der Definition von Altemeyer (1981) enthält RWA drei Hauptmerkmale: autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression und Konventionalismus. Dazu gehören Eigenschaften wie starke Konformität gegenüber Autoritäten und deren Regeln, Aggression gegenüber Gruppen von Menschen, die sich nicht an die Regeln der Autoritäten halten, und eine starke Akzeptanz und Konformität von Traditionen und sozialen Normen in der Gesellschaft. SDO (Pratto et al., 1994) beschreibt die Präferenz für hierarchische Beziehungen zwischen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen. Hierbei werden zwei Subdimensionen angenommen: Dominanz und Egalitarismus. Dominanz steht für eine Präferenz für Systeme der gruppenbasierten Dominanz, in denen Gruppen mit hohem Status Gruppen mit niedrigerem Status gewaltsam unterdrücken, während die Subdimension Egalitarismus für die Präferenz einer gruppenbasierten Ungleichheit steht, wobei Ungleichheiten durch hierarchiefördernde Ideologien und Praktiken aufrechterhalten werden (Ho et al., 2012; Ho et al., 2015).

RWA, SDO und die Bewertung von Vorurteilskriminalität

Aktuelle Studien weisen auf Zusammenhänge zwischen RWA, SDO und der Bewertung von Vorurteilskriminalität hin. So zeigten Bilewicz et al., (2017) in zwei Studien mit Jugendlichen und Erwachsenen in Polen, dass Personen mit einer höheren Ausprägung in SDO Hassrede eher akzeptierten, während solche mit höheren Ausprägungen in RWA eher ein Verbot von Hassrede unterstützten. Die Autor:innen vermuteten, dass dies daran liegt, dass Personen mit hohen Werten in RWA besonders sensibel gegenüber Normverstößen sind und daher kontranormative Ausdrücke von Vorurteilen (in Form von Hassrede) stärker verurteilen. Personen mit hohen

Werten in SDO hingegen akzeptierten Hassrede eher, da sie zur Aufrechterhaltung der sozialen Hierarchie beitragen könnte (Bilewicz et al., 2017).

Die Studien von Bacon et al. (2021) und Kehn et al. (2023) deuten jedoch auf andere Ergebnisse für den Zusammenhang von RWA und SDO mit Einstellungen zur Vorurteilskriminalität. Ihre Forschungsergebnisse zeigen, dass Personen mit hohen Werten in RWA und SDO eher dazu neigten, die Schwere von Vorurteilskriminalität zu leugnen und die Notwendigkeit von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung solcher Verbrechen in Frage zu stellen. Im Gegensatz dazu stand das Mitgefühl gegenüber direkt Betroffenen und Betroffenengruppen in negativer Beziehung zu RWA und SDO. Die Befürwortung der Bestrafung von vorurteilsmotivierten Täter:innen zeigte hingegen weniger eindeutige Zusammenhänge. Bei Kehn et al. (2023) war der Zusammenhang mit RWA und SDO negativ, was darauf hindeutet, dass Personen mit höheren RWA/SDO-Werten eine weniger starke Bestrafung von Täter:innen von Vorurteilskriminalität befürworteten. Der Zusammenhang zwischen RWA und der Befürwortung von Strafen war bei Bacon et al. (2021) jedoch nicht signifikant. Letzteres würde sich hingegen eher in die zuvor beschriebenen Ergebnisse von Bilewicz et al. (2017) einordnen.

Die Kontextabhängigkeit und die regionale Verteilung von RWA und SDO

Diverse Studien zeigen, dass die Höhe der Ausprägungen sowohl in RWA als auch in SDO stark von Kontextfaktoren beeinflusst werden. So weist eine länderübergreifende Metaanalyse in 95 Stichproben aus 27 Ländern nationale Unterschiede von SDO nach, die durch ein bestimmtes institutionelles und soziales Klima des jeweiligen Landes begünstigt werden (Fischer et al. 2012). Kunst et al. (2017) zeigen in ihrer Studie mit Daten aus 27 Ländern ($n = 41.824$), dass in Ländern mit einer größeren nationalen Ungleichheit auch die Ausprägungen in SDO innerhalb der Bevölkerung höher ist. Weiterhin zeigt eine aktuelle Längsschnittstudie über eine Zeitspanne von elf Jahren mit mehr als 60.000 Teilnehmenden (Zubielevitch et al., 2023), dass sich die Ausprägungen in RWA und SDO auch zwischen Geburtskohorten unterscheiden. Diese Kohorteneffekte traten sowohl für RWA als auch für SDO auf, waren jedoch bei RWA deutlich stärker ausgeprägt. So zeigten jüngere Kohorten über die elf Jahre hinweg Rückgänge in RWA auf, während ältere Kohorten im Laufe der Zeit mehr Stabilität aufwiesen. Dies könnte darauf hindeuten, dass RWA stärker von kontextuellen Faktoren wie kulturellen Normen und Sozialisierungserfahrungen beeinflusst wird als SDO.

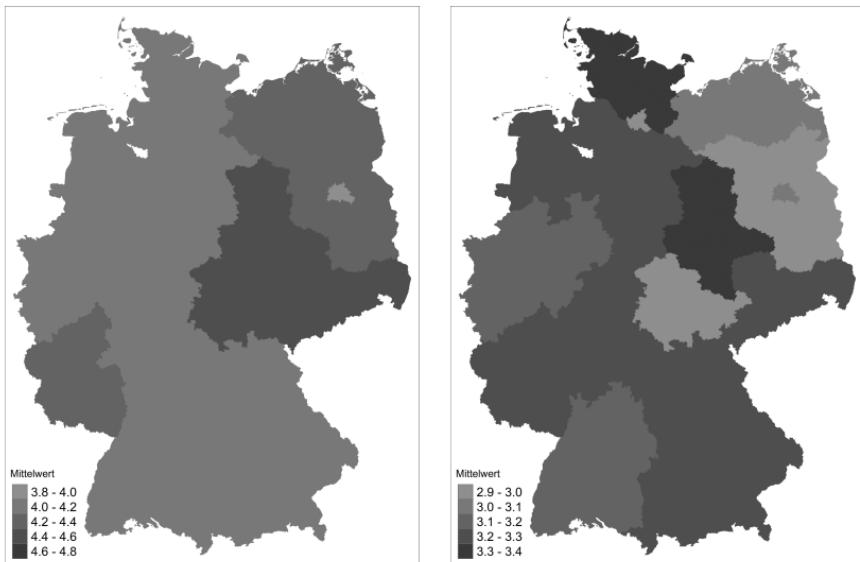
Vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen Studien kann davon ausgegangen werden, dass sich RWA und SDO in Deutschland regional in ihren Ausprägungen unterscheiden, da auch hier verschiedene (z. B. historische, soziale, sozioökonomische) Kontextfaktoren wirken. Diese Annahme, zumindest für RWA, wird durch Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al., 2022) bestätigt. Seit Beginn dieser Studien im Jahr 2002 ließen sich regelmäßig deutliche regionale Unterschiede in Bezug auf Einstellungen wie Autoritarismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus finden mit höheren Ausprägungen im Osten als im Westen. In Bezug auf Rechtsextremismus wurden auch Nord-Süd-Unterschiede identifiziert mit höheren Ausprägungen im Süden, insbesondere in Bayern (Heller et al., 2022). Und auch im Jahr 2022 fanden sich, trotz Annäherung der alten und neuen Bundesländer, signifikante Unterschiede zwischen Ost und West für Autoritarismus insbesondere für die Subdimensionen autoritäre Aggression und autoritäre Unterwürfigkeit. Für die Subdimension Konventionalismus gab es keinen Ost-West-Unterschied, stattdessen war diese stärker in südlichen Bundesländern, insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, ausgeprägt als in nördlichen westdeutschen Bundesländern (Heller et al., 2022). Die Analyseergebnisse derselben Studie zeigen, dass höhere regionale Ausprägungen in Autoritarismus mit einer hohen Arbeitslosenquote, einem niedrigen Frauenanteil, einem geringeren Anteil Schutzsuchender sowie einem höheren durchschnittlichen Haushaltseinkommen zusammenhängen und so vermutlich die beschriebenen Ost-West-Unterschiede erklären (Heller et al., 2022).

7. Ergebnisse aus dem PaWaKS: RWA, SDO und die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt

Wie sich RWA und SDO in Deutschland regional verteilen, lässt sich auch mithilfe der PaWaKS-Daten abbilden. Zur Erfassung von Autoritarismus wurde hier, wie auch in der zuvor beschriebenen Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al., 2022), die KSA-3-Skala von Beierlein et al. (2014) genutzt. Für soziale Dominanzorientierung wurde die Skala von Ho et al. (2015), übersetzt von Carvacho et al. (2018), verwendet. Abbildung 5 stellt die durchschnittliche Ausprägung in RWA und SDO für jedes Bundesland dar. Die Analysen zeigten einen signifikanten Unterschied in den Ausprägungen von RWA zwischen Ost ($M = 4.49$, $SD = 1$) und West ($M = 4.17$, SD , $t[1828] = 5.30$, $p < .001$). Für SDO ließ sich ein solcher Unterschied nicht feststellen (Ost: $M = 3.15$, $SD = 0.99$; West: $M = 3.22$, $SD = 0.94$, $t[1828] = -1.32$, $p = .187$).

Abbildung 5: Durchschnittliche Ausprägung von Autoritarismus (links) und sozialer Dominanzorientierung (rechts) pro Bundesland

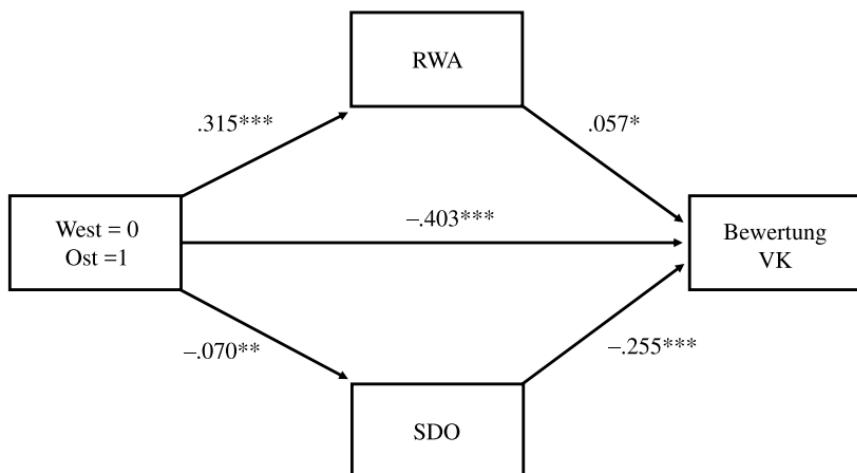
Anmerkung: Sowohl bei RWA als auch bei SDO handelt es sich um 7-stufige Skalen.



Zusätzlich zu diesem Vergleich soll nun in einem Mediationsmodell untersucht werden, ob die regionalen Unterschiede für die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt auf eine unterschiedliche Verteilung von RWA und SDO zurückzuführen ist, die wiederum durch unterschiedliche Kontexteinflüsse in Ost vs. West zustande kommt. Mit anderen Worten soll untersucht werden, ob die Vorhersagekraft der geografischen Lage (West vs. Ost) auf die regionale Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt durch regionale Ausprägungen von RWA und SDO vermittelt wird. Diese parallele Mediation wurde unter Verwendung der PaWaKS-Daten und der Nutzung von *PROCESS* für *R* (Hayes, 2018) untersucht. Für all diese Variablen wurden die aggregierten Werte auf Kreisebene verwendet. Als Kontrollvariablen wurden der Migrationsanteil, die Arbeitslosenquote, die Mindestsicherungsquote und die Kriminalitätsrate mit in das Modell aufgenommen. Für die Schätzung der Konfidenzintervalle aller Pfade wurde ein Bootstrapping-Verfahren mit 5000 Stichproben verwendet.

In Abbildung 6 ist das Mediationsmodell samt aller Pfadkoeffizienten dargestellt. Die Ergebnisse der parallelen Mediation zeigen signifikante Pfadkoeffizienten.

Abbildung 6: Ergebnisse des Mediationsmodells



Anmerkung: * < .05, ** < .005, *** < .001.

Die Ergebnisse aller totalen, direkten und indirekten Effekte sind in Tabelle 3 zusammengefasst. Der totale Effekt der geografischen Variable (West/Ost) war signifikant negativ ($b = -.366$), was – konsistent mit der vorherigen Analyse – darauf hindeutet, dass Personen aus dem Osten vorurteilsmotivierte Gewalt als weniger verwerflich bewerteten. Der direkte Effekt blieb ebenfalls signifikant negativ ($b = -.403$), was einen starken Einfluss der geografischen Zugehörigkeit anzeigen, auch unter der Kontrolle der Mediatoreffekte durch RWA und SDO. Der gesamte indirekte Effekt war positiv ($b = .036$), was darauf hindeutet, dass RWA und SDO zusammen die negativen Effekte der geografischen Herkunft teilweise abschwächten. Speziell zeigte SDO zwar einen signifikanten positiven Effekt ($b = .025$) im Gegensatz zu RWA, dessen Effekt nicht signifikant war ($b = .011$), der Unterschied in der Stärke der Mediation zwischen RWA und SDO war jedoch statistisch nicht bedeutsam ($b = -.015$).

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass sich durch Hinzunahme von RWA und SDO auf Kreisebene der starke Einfluss der Variable West/Ost auf die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt innerhalb des Kreises nicht angemessen erklären lässt.

Tabelle 3: Effekte von West/Ost auf die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt via RWA und SDO

Effekt	Estimate	SE	95 % Bootstrap-Konfidenzintervall		<i>p</i>
			LL	UL	
Totaler Effekt	-.366	.043	-.451	-.282	< .001
Direkter Effekt	-.403	.043	-.487	-.318	< .001
Totaler indirekter Effekt	.036	.012	.014	.061	
Indirekter Effekt via RWA	.011	.007	-.003	.026	
Indirekter Effekt via SDO	.025	.009	.010	.045	
Kontrast	-.015	.012	-.038	.007	

Anmerkung: *N* = 1794; *LL* = lower limit; *UL* = upper limit.

8. Diskussion

Die hier vorgestellten Studien, die sich über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren erstrecken, weisen konsistent darauf hin, dass in Deutschland regionale Unterschiede in Bezug auf Vorurteile, rechtsextreme Einstellungen und sogar vorurteilsmotivierte Gewalttaten bestehen. Auch die vorliegenden Analysen der PaWaKS-Daten sprechen für einen regionalen Unterschied hinsichtlich der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt. Dabei zeigen die Ergebnisse, dass die befragten Personen in den neuen Bundesländern vorurteilsmotivierte Gewalttaten als weniger verwerflich bewerteten als Personen in den alten Bundesländern. In zwei Analysen hat sich gezeigt, dass auch unter Kontrolle diverser sozistruktureller und ideologischer Variablen dieser Zusammenhang zwischen der geografischen Lage und der Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt signifikant blieb. Diese Befunde legen nahe, dass es zusätzliche, in der Analyse nicht berücksichtigte Faktoren geben muss, die die regionalen Unterschiede im Meinungsklima erklären. Zukünftige Forschungen sollten darauf abzielen, weitere mögliche Einflussfaktoren zu identifizieren und zu analysieren, um ein umfassendes Bild davon zu erhalten, wie ein solches Meinungsklima begünstigt, aufrechterhalten oder verändert wird. Solche Faktoren könnten beispielsweise tiefere kulturelle, historische oder sozioökonomische Unterschiede zwischen den Regionen umfassen, die bisher in der vorliegenden Analyse nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Weiterhin sollte künftig untersucht werden, welchen Einfluss ein regionales Klima, das vorurteilsmotivierte Gewalt unterstützt, auf die individuelle Bereitschaft zu vorurteilsmotivierten Gewalttaten bzw. auf reale vorur-

teilsmotivierte Verbrechen (z. B. mithilfe von PMK- oder Dunkelfelddaten) haben kann. Neben der Studie von Wolf et al. (2003) wurden bisher nur selten direkte Maße für ein solches Klima genutzt, um vorurteilsmotivierte Gewalttaten vorherzusagen. Im Einklang mit bisheriger Forschung zeigt sich in den PaWaKS-Daten, dass Personen, die die AfD bevorzugen, vorurteils-motivierte Gewalt als weniger verwerflich ansahen. Die AfD verzeichnet bereits seit vielen Jahren insbesondere in den neuen Bundesländern höhere Erfolge als in den alten. Dies sowie die genannten Studienergebnisse deuten darauf hin, dass der AfD-Erfolg in einer Region ein indirektes Maß für ein solches Meinungsklima darstellen kann. Andere Maße zur Erfassung eines solchen Klimas sollten jedoch erwogen und in künftige Studien integriert werden. Interessant wäre hierbei auch die Frage, wie groß der Effekt einer regionalen Variable (Ost vs. West) ist, wenn für ein Meinungsklima, das vorurteilsmotivierte Gewalt billigt, als direktes Maß kontrolliert wird. Bei Fragestellungen wie dieser sollte stets mitberücksichtigt werden, dass es verschiedene Faktoren gibt, die fördern, ob Gewaltbereitschaft tatsächlich in Gewalt umgesetzt wird (siehe Wolf et al., 2003). Die sozialen Normen der Umgebung können jedoch einer dieser begünstigenden Faktoren sein.

Die Ablehnung von vorurteilsmotivierter Gewalt

Gemäß unserem Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar (Artikel 1 Grundgesetz, [GG]) und jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 GG). Damit gibt bereits das Grundgesetz vor, dass die Frage, wie vorurteilsmotivierte Gewalt zu bewerten ist, einzig und allein mit der Antwort »sehr verwerflich« beantwortet werden sollte. Immerhin etwa 70 Prozent der befragten Personen innerhalb der PaWaKS-Stichprobe haben dies auch entsprechend getan. Damit sind es jedoch immer noch 30 Prozent, die diese Frage anders beantwortet haben und damit eine Einschränkung bei einer Aussage vollziehen, die in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung uneingeschränkt gelten sollte. Zusätzlich sollte hier mitbedacht werden, dass die Frage zur Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt stark von sozialer Erwünschtheit betroffen sein kann und der Anteil, der diese Form von Gewalt als sehr verwerflich bewertet, in der Realität sogar kleiner sein dürfte.

Dennoch war sich der Großteil der Befragten in der vorliegenden PaWaKS-Stichprobe überwiegend darin einig, dass vorurteilsmotivierte Gewalt sehr verwerflich ist. Die Daten weisen somit darauf hin, dass es einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, dass vorurteilsmotivierte Gewalt abzulehnen ist. Dennoch ist es wichtig, die Ursachen zu ermitteln, die dazu

führen, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung Einschränkungen in dieser Beurteilung vornimmt, und herauszufinden, wodurch (regionale) Unterschiede im Ausmaß dieser Einschränkungen entstehen.

Limitationen

An dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den vorliegenden Analysen um korrelative Zusammenhänge handelt und somit keine Aussagen zur Kausalität getroffen werden können. Weiterhin war die Stichprobengröße der untersuchten Kreise teilweise sehr klein und nicht repräsentativ für die jeweiligen Regionen. Bei den hier angenommenen Prozessen kann davon ausgegangen werden, dass sich diese erst über viele Jahre hinweg herausbilden. Um ein tieferes Verständnis der dynamischen Wechselwirkungen zwischen sozialen Normen und individuellem Verhalten zu gewährleisten, würde sich entsprechend vor allem ein Blick in Zeitreihendaten lohnen, die über mehrere Jahre hinweg und mit größeren Abständen erfasst wurden, als es in den vorliegenden PaWaKS-Daten zur Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt der Fall war. Um Zusammenhänge zwischen einem Klima, das vorurteilsmotivierte Gewalt billigt, und tatsächlichen entsprechenden Gewalttaten zu untersuchen, hätte es sich außerdem gelohnt, Statistiken zu Hasskriminalität (z. B. PMK-Statistiken) als abhängige Variable mit zu betrachten. Dies war im Rahmen dieses Artikels jedoch nicht möglich, da PMK-Statistiken auf Kreisebene nicht veröffentlicht werden, sondern ein Zugang nur über das BKA hergestellt werden kann. Bestehende Studien zeigen jedoch, dass die Billigung von Gewalt im sozialen Umfeld die individuelle Gewaltbereitschaft fördert (Wolf et al., 2003) und dass Zusammenhänge zwischen einem Meinungsklima (AfD-Wahlerfolg) und der Prävalenz von vorurteilsmotivierten Straftaten existieren (Rees et al., 2019).

Fazit

Die anfangs beschriebenen Erkenntnisse, dass soziale Normen des Umfelds für individuelles Verhalten bedeutsam sind, unterstreichen die Wichtigkeit, das soziale Klima und damit verbundene Normen gezielt zu verändern. Auch vor dem Hintergrund unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung sollte in Bezug auf Vorurteilskriminalität eine gesamtgesellschaftliche Null-Toleranz-Haltung gelten. Da diese gemäß unseren Befragungsergebnissen nicht uneingeschränkt vorliegt, ist es essenziell, weiterhin für das

Thema Vorurteile, Menschenfeindlichkeit und vorurteilsmotivierte Gewalt zu sensibilisieren, insbesondere in Regionen mit stärker ausgeprägten Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen. Dabei sollte auch der Einfluss sozialer und wirtschaftlicher Strukturvariablen auf regionale Unterschiede berücksichtigt werden, um ein umfassendes Verständnis der zugrunde liegenden Dynamiken zu erlangen und effektiv gegensteuern zu können. Dies umfasst z. B. die Entwicklung und Implementierung von Bildungsprogrammen, die gezielt auf den Abbau von Vorurteilen abzielen, sowie die Förderung von Initiativen, die Vielfalt und Inklusion verstärken. Dabei ist es sowohl eine politische als auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Null-Toleranz-Haltung gegenüber Vorurteilkriminalität zu kommunizieren, da diese Haltung nicht selbstverständlich gegeben ist.

Referenzen

- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Altemeyer, B. (1981). *Right-wing authoritarianism*. Winnipeg, Canada: University of Manitoba Press.
- Bacon, A. M., May, J., & Charlesford, J. J. (2021). Understanding public attitudes to hate: Developing and testing a UK version of the Hate Crime Beliefs Scale. *Journal of Interpersonal Violence*, 36(23–24), NP13365-NP13390. <https://doi.org/10.1177/0886260520906188>
- Bender, R., & Weber, K. (2023). Vorurteilkriminalität – Viktimisierung durch vorurteilsmotivierte Gewalt. In D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski, A. Radewald, K. Weber & F. Asbrock (Hrsg.), *Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS). Ergebnisse der ersten bis dritten Erhebungswelle*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M., & Schmidt, P. (2014). *Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bilewicz, M., Soral, W., Marchlewska, M., & Winiewski, M. (2017). When authoritarians confront prejudice. Differential effects of SDO and RWA on support for hate-speech prohibition. *Political Psychology*, 38(1), 87–99.
- Bolesta, D., Azevedo, F., Bender, R., Bielejewski, A., Führer, J., & Asbrock, F. (2022). *Datenhandbuch Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS)*. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V. Online verfügbar unter: <https://www.zkfs.de/pawaks>.
- Boll, L., Gluba, A., Jemel, N., & Bosold, V. (2024). »Hass in der Stadt«. *Erfahrungen und Auswirkungen von Hasskriminalität und Diskriminierung in Hannover. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen.

- Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundeskriminalamt (2024, 21. Mai). *Bundesweite Fallzahlen 2023 Politisch motivierte Kriminalität*.
- Carvacho, H., Gerber, M., Manzi, J., González, R., Jiménez-Moya, G., Boege, R., ... Sidanius, J. (2018). *Validation and measurement invariance of the Spanish and German versions of SDO-7*. Unveröffentlichtes Manuskript, Pontificia Universidad Católica de Chile.
- Church, D., & Coester, M. (2021). *Aktuelles aus der kriminalistisch-kriminologischen Forschung. Forschungsbericht. Opfer von Vorurteilskriminalität. Thematische Auswertung des Deutschen Victimisierungssurvey 201*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt – Kriminalistisches Institut.
- Coester, M. (2008). *Das Konzept der Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Coester, M. (2017). Das Konzept der Vorurteilskriminalität und Folgen für die polizeiliche Praxis. In C. Kopke & W. Kühnel (Hrsg.), *Demokratie, Freiheit und Sicherheit* (S. 167–182). Baden-Baden: Nomos.
- Dancygier, R. (2023). Hate crime supporters are found across age, gender, and income groups and are susceptible to violent political appeals. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 120(7), e2212757120. <https://doi.org/10.1073/pnas.2212757120>
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E., & Aderholz, D. (Hrsg.). (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Destatis (o. D.) *Zahl der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen 2022 um 8,7% gestiegen*. Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Mindestsicherung/aktuell-mindestsicherung.html>
- Dreißigacker, A. (2018). *Erfahrungen und Folgen von Vorurteilskriminalität Schwerpunktgergebnisse der Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein 2017*. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen E.V.
- Duckitt, J. (2001). A dual-process cognitive-motivational theory of ideology and prejudice. *Advances in Experimental Social Psychology*, 33, 41–113.
- Fischer, R., Hanke, K., & Sibley, C. G. (2012). Cultural and institutional determinants of social dominance orientation: A cross-cultural meta-analysis of 27 societies. *Political Psychology*, 33(4), 437–467.
- Fuchs, W. (2021). *Hate Crime in Österreich. Konzept, Rechtsrahmen, Datengrundlage, Verbreitung und Auswirkung von vorurteilsmotivierten Straftaten*. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.
- Groß, E., Dreißigacker, A., & Riesner, L. (2018). Viktimisierung durch Hasskriminalität. Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie 04/2018, Schwerpunkt: Gewalt gegen Minderheiten* (S. 138–159). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

- Groß, E., Häfele, J., & Peter, S. (2024). *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive. Kernbefunde aus dem Forschungsprojekt »HateTown – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen«*. Schriftenreihe des Instituts für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung, Bd. 2. Nienburg (Weser): Institut für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung (IKriS), Polizeiakademie Niedersachsen. https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/schriftenreihe_des_ikris/
- Hayes, A. F. (2018). *Introduction to Mediation, Moderation, and Conditional Process Analysis* (Methodology in the Social Sciences, 2. Aufl.). New York, London: Guilford Press.
- Heitmeyer, W. (2002). *Deutsche Zustände, Folge 1*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Heller, A., Dilling, M., Kiess, J., & Brähler, E. (2022). Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext. Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus-Studie 2022*. Gießen: Psychosozial-Verlag. <https://doi.org/10.30820/9783837979190>
- Ho, A. K., Sidanius, J., Pratto, F., Levin, S., Thomsen, L., Kteily, N., & Sheehy-Skeffington, J. (2012). Social dominance orientation: Revisiting the structure and function of a variable predicting social and political attitudes. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 38(5), 583–606. <https://doi.org/10.1177/0146167211432765>
- Ho, A. K., Sidanius, J., Kteily, N., Sheehy-Skeffington, J., Pratto, F., Henkel, K. E., Foels, R., & Stewart, A. L. (2015). The nature of social dominance orientation: Theorizing and measuring preferences for intergroup inequality using the new SDO scale. *Journal of Personality and Social Psychology*, 109(6), 1003–1028. <https://doi.org/10.1037/pspi0000033>
- Iganski, P. (2001). Hate crimes hurt more. *American Behavioral Scientist*, 45(4), 626–638. <https://doi.org/10.1177/0002764201045004006>.
- Kehn, A., Kaniuka, A. R., Benson, K., Sorby, M. L., Stornelli, L., & Cramer, R. J. (2023). Assessing attitudes about hate: Further validation of the hate crime beliefs scale. *Current Psychology*, 42(29), 25017–25027. <https://doi.org/10.1007/s12144-022-03626-6>
- Kunst, J. R., Fischer, R., Sidanius, J., & Thomsen, L. (2017). Preferences for group dominance track and mediate the effects of macro-level social inequality and violence across societies. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 114(21), 5407–5412.
- Landeskriminalamt Niedersachsen. (2018). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie*. Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen Kriminologische Forschung und Statistik.
- Perry, B. (2014). Exploring the Community Impacts of Hate Crime. In N. Hall, A. Corb, P. Giannasi & J. Grieve (Hrsg.), *The Routledge International Handbook on Hate Crime* (S. 47–58). New York, London: Routledge.
- Pratto, F., Sidanius, J., Stallworth, L., & Malle, B. (1994). Social dominance ori-

- entation: A personality variable predicting social and political attitudes. *Journal of Personality and Social Psychology*, 67, 741–763.
- Rees, J. H., Rees, Y. P., Hellmann, J. H., & Zick, A. (2019). Climate of hate: Similar correlates of far right electoral support and right-wing hate crimes in Germany. *Frontiers in Psychology*, 10, 478137. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2019.02328>
- Rees, Y., Rees, J. H., & Zick, A. (2021). Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 112–122). Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. urn:nbn:de:0070-pub-29558476
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) (2024, 5. Juni). *Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2023 – Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen*. <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisematische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>
- Wagner, U., Christ, O., & Pettigrew, T. F. (2008). Prejudice and group-related behavior in Germany. *Journal of Social Issues*, 64(2), 403–416. <https://doi.org/10.1111/j.1540-4560.2008.00568.x>
- Wagner, U., Tachtsoglou, S., Kotzur, P. F., Friehs, M. T., & Kemmesies, U. (2020). Proportion of foreigners negatively predicts the prevalence of xenophobic hate crimes within German districts. *Social Psychology Quarterly*, 83(2), 195–205. <https://doi.org/10.1177/01902725198877>
- Wagner, U., Van Dick, R., Pettigrew, T. F., & Christ, O. (2003). Ethnic prejudice in East and West Germany: The explanatory power of intergroup contact. *Group Processes & Intergroup Relations*, 6(1), 22–36. <https://doi.org/10.1177/1368430203006001010>
- Weber, K., & Asbrock, F. (2024). Sicherheit und Kriminalität im Wandel: Eine kritische Betrachtung aktueller Entwicklungen. In G. R. Wollinger (Hrsg.), *Sicherheit im Wandel. Expertisen zum 29. Deutschen Präventionstag*. Deutscher Präventionstag gemeinnützige Gesellschaft mbH, Hannover.
- Weins, C. (2011). Gruppenbedrohung oder Kontakt?. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZ/SS)*, 63(3).
- Wolf, C., Stellmacher, J., Wagner, U., & Christ, O. (2003). Druckvolle Ermunterungen. Das Meinungsklima fördert menschenfeindliche Gewaltbereitschaft. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 2* (S. 142–158). Berlin: Suhrkamp.
- Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (F. Schröter, Hrsg.). Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
- Zubilevitch, E., Osborne, D., Milojev, P., & Sibley, C. G. (2023). Social dominance orientation and right-wing authoritarianism across the adult lifespan: An examination of aging and cohort effects. *Journal of Personality and Social Psychology*, 124(3), 544–566.